Foto: IMAGO / CHROMORANGE

SCHWERPUNKT

# Drogensucht mit Todesfolge

**7. Juni 2023 – Die Zahl der Drogentoten steigt. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat dazu das zuständige Ministerium und im Nachgang in einer öffentlichen Anhörung Sachverständige zum Stand, zu Ursachen und Perspektiven befragt.**

Das Ministerium betrachte den Anstieg mit großer Sorge, hatte Gesundheits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) schriftlich erklärt (Vorlage 18/858). Die Zahl der Drogentoten sei zwischen 2020 und 2021 um mehr als 70 Prozent angestiegen. „Krisenhafte Ereignisse“ wie die Pandemie und der Angriffskrieg auf die Ukraine belasteten die Bürgerinnen und Bürger. Suchtmittel versprächen einigen Menschen „vermeintliche Hilfe“, um schwierige Lebenssituationen zu bewältigen.

Daten aus einer Telefonbefragung in der Therapieforschung hätten ergeben, dass der Konsum illegaler Drogen von 2018 bis 2021 gestiegen sei. Cannabis sei dabei die am häufigsten konsumierte Substanz, auch der Crack-Konsum sei gestiegen. Insgesamt verfüge das Land über „gute und flächendeckende Strukturen der Suchtprävention und -beratung“, erklärte der Minister. Das Land fördere finanziell die Geschäftsstelle Suchtkooperation NRW und die einzelnen Landesfachstellen.

„Viele der dokumentierten Todesfälle sind auf konsumbedingte Gesundheitsschäden bei Langzeitkonsumierenden zurückzuführen“, erklärte Markus Wirtz, Leiter der Drogenhilfe Köln, in seiner schriftlichen Stellungnahme. Um die Zahl zu senken, nannte er zahlreiche Maßnahmen, denen ein niedrigschwelliger Zugang zu Hilfe und Unterstützung für die Betroffenen gemeinsam ist. Obdachlose Suchtkranke bräuchten etwa Krankenwohnungen, damit sie im Krankheitsfall angemessen behandelt werden könnten. In Krankenhäusern könnten sie nicht bleiben. Nicht ausreichend ausgeheilte Krankheiten hätten nicht selten bedrohliche Langzeitfolgen.

## „Drug Checking“

Weiterhin forderte Wirtz für die Substitutionstherapie, also die Behandlung mit Ersatzstoffen, eine langfristige Absicherung von Behandlungsangeboten. Diese seien in ihrer Existenz bedroht. Für wichtig hielt er auch eine gesicherte Weiterbehandlung nach der Substitutionstherapie, die häufig nicht hinreichend organisiert sei. Als weitere Bausteine, um der Todesrate zu begegnen, nannte Wirtz die Überprüfung von Rauschmitteln auf Verunreinigung – sogenanntes Drug Checking – sowie niedrigschwellige Zugänge zu Entgiftungsbehandlungen. Derzeit seien diese mit aufwendigen Antragsverfahren und langen Wartezeiten verbunden. Die Träger der Suchthilfe könnten all diese Maßnahmen grundsätzlich umsetzen – es mangele aber an „rechtskreisübergreifend abgestimmten Verfahren“ und an der Finanzierung.

Es sei dringend nötig, die Hilfen für schwerstdrogenabhängige Menschen auszubauen, befand auch Dr. Anne Pauly, Leiterin der Geschäftsstelle der Suchtkooperation NRW, in ihrer Stellungnahme. Diese Gruppe habe im Jahr 2022 mit fast 70 Prozent die höchste Todesrate zu beklagen gehabt. Dafür gebe es mehrere Gründe – aber die Corona-Pandemie könne als „sehr bedeutsam für den Anstieg der Drogentoten“ gelten. Während Drogen auch während der Pandemie verfügbar gewesen seien, hätten niedrigschwellige Hilfeangebote der Überlebenshilfe wie Drogenkonsumräume, Notschlafstellen, Essensangebote oder Aufenthaltsmöglichkeiten teilweise oder ganz schließen müssen. Auch die Verfügbarkeit von Rauschmitteln spiele eine Rolle: Seit etwa 2017 werde der Schwarzmarkt mit Kokain überschwemmt und führe zu einer zunehmenden Verelendung der Klientel.

Als Forderungen formulierte Pauly ebenfalls „Drug-Checking“, außerdem den Einsatz

des Notfallmedikaments Naloxon auch in Haft und bei Substitution sowie eine Krankenversicherung für alle bzw. eine bessere Versorgung auch ohne Krankenversicherung. Für Crack-Abhängige im ländlichen Raum sei u. a. eine bessere Betreuung wichtig, etwa durch „Konsumhaltestellen“.

„Am Beispiel der Drogenkonsumräume wird deutlich, wie relevant die Beteiligung von Suchthilfe, kommunalen Ordnungspartnerschaften und Stadtplanung für den Erfolg niedrigschwelliger Suchthilfe auf der einen und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung auf der anderen Seite sind“, heißt es in der Stellungnahme der Suchtkooperation NRW weiter. Hier träfen die Ziele der Überlebenshilfe, der Gesundheitsförderung und der psychosozialen Unterstützung auf ordnungspolitische Aspekte: Während die Zielgruppe einen geschützten Raum habe, würden sichtbarer Drogenkonsum und Szeneansammlungen in der Öffentlichkeit vermindert. Zwölf solcher Räume gebe es in Nordrhein-Westfalen.

## „Passgenaue Maßnahmen“

Im Juni 2023 nehme eine „Arbeitsgemeinschaft Drogentodesfälle“ der Freien Wohlfahrtsverbände unter Beteiligung des Ministeriums und der Geschäftsstelle der Suchtkooperation NRW ihre Arbeit auf, um die Datenbasis zu erweitern und passgenaue Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Todesfälle abzuleiten, erläuterte Pauly.

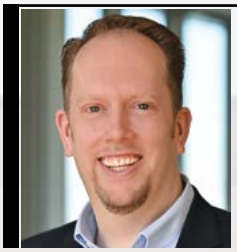
Miriam Mauss von der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein bedauerte in ihrer Stellungnahme, dass seit 2013 immer weniger niedergelassene Haus- und Fachärztinnen und -ärzte Substitutionsbehandlungen durchführten. Aktuell täten dies nur 285, obwohl 350 eine entsprechende Genehmigung hätten. In den vergangenen drei Jahren sei deren Zahl um 6 Prozent gesunken. Neben diesen Ärztinnen und Ärzten gebe es vier Diamorphin-Ambulanzen in Nordrhein-Westfalen: in Köln, Bonn, Wuppertal und Düsseldorf.

Die Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein bemühe sich um Anreize für einen niedrigschwelligen Einstieg. So erhielten Ärztinnen und Ärzte beispielsweise 1.000 bis zu 5.000 Euro, wenn sie ein Substitutionsangebot in einem Mangel-Gebiet schafften. Auch werde das Thema bei den Veranstaltungen „Start-up in die Niederlassung“ platziert, Praxiseindrücke und Netzwerktreffen würden organisiert. „Offensichtlich ist, dass diese Maßnahmen zwar wirksam, aber noch nicht ausreichend sind“, heißt es in der Stellungnahme. *sow*

# Standpunkte

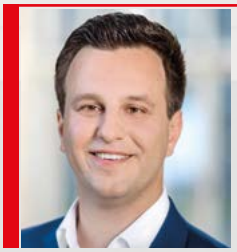
**Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen**

## Die gestiegene Zahl der Drogentoten …



**Marco Schmitz**
**(CDU)**

… macht mich betroffen. Jeder Drogentote ist einer zu viel. Die steigende Zahl dürfte sich insbesondere durch die Todesfälle von Langzeitkonsumierenden erklären. Der jahrelange Missbrauch von Rauschmitteln in jeder Form führt zu irreparablen Gesundheitsschäden. Hierdurch zeigt sich, dass Präventionsarbeit zur Verhinderung von Langzeitkonsum bzw. Drogenkonsum generell das Mittel der Wahl ist.

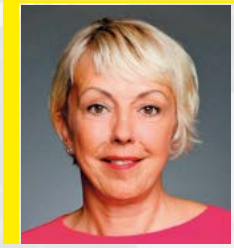


**Rodion Bakum**
**(SPD)**

… ist besorgniserregend und es kann uns alle betreffen. Mehr als jeder 5. Mensch in Deutschland leidet unter einer Suchterkrankung. Was oft vergessen wird: Die größten Gesundheitsgefahren stellen legale Suchtmittel dar – Alkohol, Nikotin, Arzneimittel.

**Dennis Sonne**
**(Grüne)**

… macht uns betroffen und verdeutlicht, dass eine der vulnerabelsten Bevölkerungsgruppen unseres Landes dringend auf ein ganzheitliches Hilfesystem angewiesen ist. Die Landesregierung unterstützt deshalb den fachlichen Austausch und notwendige Anpassungen der Hilfesysteme. Wir wollen die verschiedenen Zielgruppen wie zum Beispiel schwerstabhängige Menschen besser erreichen.



**Susanne Schneider**
**(FDP)**

… in Nordrhein-Westfalen ist besorgniserregend, weil damit der höchste Stand seit 30 Jahren erreicht wird. Gemessen am Bevölkerungsanteil liegt die Zahl der Drogentoten in NRW inzwischen fast um das Doppelte über dem bundesweiten Niveau. Die Zahl der Suizide bei Suchtkranken ist um 24 Fälle auf 42 gestiegen. All das macht den Handlungsbedarf deutlich: Jeder Drogentote ist einer zu viel.

**Dr. Martin Vincentz**
**(AfD)**

… ist eine besorgniserregende Entwicklung. Ein Anstieg der Drogentoten um 73 % in NRW, während der Anstieg im Bund bei „nur“ 44 % liegt, muss jetzt wachrütteln: Hier läuft etwas schief. Es braucht verstärkte Grenzkontrollen, härtere Strafen für Dealer, Ursachenforschung und ein passgenaues medizinisches Angebot, das die Betroffenen nachhaltig unterstützt und, wo immer möglich, von ihrer Sucht heilt.